

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Einzel-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4220.

Nr. 45/46.

Berlin, Sonnabend, 5. Juni 1915.

Sechsheubdierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Unsere Pflicht! — Die Kriegsarbeitgemeinschaft im Baugewerbe. — Volkswirtschaftliche Aussichten. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands. — Briefkasten. — Anzeigen.

Unsere Pflicht!

Gerade in der Zeit, da auf dem westlichen Kriegsschauplatz die angestrengtesten Bemühungen der Feinde, die deutschen Linien zu durchbrechen, kläglich gescheitert, im Osten den Russen von den Verbündeten die empfindlichsten Siege verriekt worden sind und die unvergleichlichen Soldaten unserer Marine allenthalben Stolz und Bewunderung erwecken, hat sich die Zahl unserer Gegner wieder um einen vermehrt. Italien, der Dritte im Dreierbunde, dessen König nach während des Krieges mehrfach sein Festhalten am Bündnis versichert hat, hat sich nicht gescheut, die geschworene Treue zu brechen und den bisherigen Bundesgenossen in den Rücken zu fallen. Gemissenlos und ehrgeizige Politik, getrieben von bestohlenen Fanatikern, haben es zuzwege gebracht, daß Italien sich dem Dreierbunde angeschlossen hat und seine Heere die Waffen gegen österreichisch-ungarische und deutsche Truppen richten. Auch gegen deutsche, denn wir sind keine Italiener; für uns ist selbstverständlich der Feind des Freundes auch der untrüge.

Allzu überraschend ist der Schritt Italiens nicht gekommen. Während der ganzen Kriegsdauer war sein Verhalten mehr als zweideutig. Trotzdem war die Wirkung des in der Weltgeschichte wohl einzig dastehenden treulosen Verrats ein Ausbruch der Entrüstung und Verachtung nicht nur im Deutschen Reich und in den verbündeten Ländern, sondern selbst bei den Neutralen, die uns nicht gerade freundlich gegenüberstehen. Nun, der wohlverdiente Lohn wird diesem unerhörten Treubruch werden. Dem jebigen Rauche der Italiener wird bald der Regenjammern folgen.

Der Kampf, den wir zu führen haben, wird naturgemäß durch das Auftreten eines neuen Feindes erschwert; der entsetzliche Krieg wird sich vielleicht noch länger hinziehen. Aber, wie der Reichskanzler im Reichstage unter stürmischer Zustimmung der deutschen Volkvertreter sagte, wir werden ausbarren, bis wir uns alle nur möglichen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, daß keiner unserer Feinde, nicht vereinigt, nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen wird. Je wilder uns der Sturm umtobt, umso fester müssen wir unser eigenes Haus bauen. Wir werden siegen in dem gemeinsamen Vertrauen darauf, daß wir alle eins sind, auch einer Welt von Feinden zum Trost.

Zu diesen Worten war der Reichskanzler wohl berechtigt, denn die Sache der Deutschen und ihrer Verbündeten steht gut. Das hinterhältige Vorgehen Italiens wird den Kampfesmut und den Kampfesjorn unserer wackeren Truppen nur erhöhen. Das Gegenteil von dem wird eintreten, was unsere Feinde erhofften. Eine Vorbedingung allerdings ist dabei zu erfüllen, daß auch wir, die Seemarine, unsere Brüder in ihrem schweren Kampfe nicht im Stiche lassen, sondern treu wie bisher ausbarren und zu unserem Teile zum Erfolge beizutragen suchen. Die neue Ernte, die zum mindesten einen mittelmäßigen Ertrag verspricht, erleichtert uns den Kampf. Trotz der weiteren Erleichterung der Einfuhr wird der Aus Hungersnöden Englands, das darf schon heute mit Bestimmtheit ausgesprochen werden, auszuweichen werden, wenn wir alle vernünftig leben und die kleinen Entbehrungen und Unbequemlichkeiten, die uns

nicht erspart bleiben können, geduldig auf uns nehmen. Was wollen sie auch dagegen gegenüber den gewaltigen Opfern, die unsere wackeren Krieger nun schon monatelang bringen?

Nicht genug zu danken vermögen wir diesen Gelden, was sie in den Schützengräben, in der Luft, auf und unter dem Wasser für uns geleistet haben, und noch leisten müssen. Worte genügen da nicht, durch Taten müssen wir unsern Dank zum Ausdruck bringen. Unsere unter den Fahnen stehenden Kollegen erwarten von uns, daß wir nicht nur das Bestehende erhalten, sondern daß wir es sichern auch für die Zukunft. Ihre Organisation ist ihnen so fest ans Herz gewachsen, wie zahllose Zuschriften immer von neuem wieder deutlich zeigen, daß wir alle Kräfte anspannen müssen, ihren Bau so wohllich zu machen, daß unsere Brüder nach ihrer Rückkehr sich darin nicht vereinkant, sondern behaglich fühlen. Kostlose Arbeit für die Organisation, das muß jetzt die Lösung der Dabeingeblichen sein. Wo es noch Gleichgültige gibt, müssen sie für die Deutschen Gewerkevereine gewonnen werden, deren Grundzüge sich gerade in diesen schweren Zeiten so vortrefflich bewährt haben. Jeder muß sich an der Agitation beteiligen, niemand darf untätig im Hintergrunde bleiben. Es genügt nicht, daß man für seine Person dem Gewerkeverein die Treue hält, nein, neue Anhänger zu gewinnen, muß sich jeder Einzelne von uns zur Pflicht machen. Das erfordert nicht nur das Gefühl der Dankbarkeit gegen unsere kämpfenden Kollegen, sondern auch das eigene wohlverstandene Interesse. Gewaltige Aufgaben harren nach Friedensschluß der Organisationen der Arbeiter. Auch schwere Lohnkämpfe werden durchgeföhrt werden müssen, um eine einigermaßen menschenwürdige Lebenshaltung zu ermöglichen. Denn mancherlei Anzeichen deuten darauf hin, daß unbeschreibbare Scharfmacher auch nach dem Kriege von ihrem Serrenstandpunkt nicht herabgehen werden. Sehr wahrscheinlich werden wir auch später noch mit drückenden Teuerungsvorhältnissen zu rechnen haben, und die Lasten, die dem deutschen Volke aufgebürdet werden, lassen sich heute auch noch nicht annähernd übersehen. Nedenfalls wird es für die Arbeiter nicht an Anstrengungen fehlen, wenn sie ein einigermaßen erträgliches Dasein führen wollen. Aber nur dann können diese Anstrengungen von Erfolg gekrönt sein, wenn starke Organisationen vorhanden sind, die den Willen haben, gemeinsam die Interessen der Arbeiter zu wahren, so wie es unser Gesamtverband neulich mit aller Offenheit zum Ausdruck gebracht hat. Wir wollen nur hoffen, daß unsere Mahnungen auch an andern Stellen ein offenes Ohr finden. Geradezu mit Blindheit geschlagen sein muß derjenige, der jetzt nicht einfieht, daß die deutschen Arbeiter in der Zukunft einiger und fester zusammengeschlossen sein müssen als bisher. Also auf zum Kampfe gegen Gleichgültigkeit und Indifferenzismus! Bemühen wir uns als denkende Gewerkevereiner, schon jetzt die Lücken auszufüllen, die der furchtbare Krieg in unsere Reihen gerissen hat! Tun wir jeder auf seinem Posten unsere Schuldigkeit, wie sie unsere Brüder draußen tun, und wie sie es mit Recht von uns erwarten dürfen!

Die Kriegsarbeitgemeinschaft im Baugewerbe.

Zeit dem letzten Bericht sind über drei Monate verlossen. In dieser Zeit ist die Tätigkeit der Kriegsarbeitgemeinschaft auseinander etwas in den Hintergrund getreten. Das ist auf zwei Vorgänge zurückzuführen. Die lange Dauer des

Krieges macht die Einberufung immer neuer Jahrgänge erforderlich, so daß die meisten Bauarbeiter vom 19. bis zum 45. Lebensjahre unter der Fahne stehen, was natürlich dazu beiträgt, daß die Arbeitslosigkeit der Dabeingeblichen immer mehr zurückgeht und teilweise in einzelnen Branchen sogar ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften herrscht. Zum andern ist der erste Teil der Tätigkeit des Zentralauschusses und der Bezirks- und Ortsauschüsse erlebte. An die in Betracht kommenden Behörden und Körperschaften sind die Eingaben gerichtet, die unsere Vorschläge und Anregungen enthalten. Zumeist sind diese Mühen noch durch mündlichen Vortrag nachdrücklich unterstützt worden. Beide Tatsachen sind geeignet, einen gewissen Ruhepunkt in der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft eintreten zu lassen. Aus dieser Darstellung ergibt sich aber von selbst, daß keine Stodung in dieser Tätigkeit eintreten darf. In einigen Bezirken wird bereits die Befürchtung laut, daß die wenigen vorliegenden — fast nur öffentlichen — Bauten der Vollendung entgegengehen und neue Arbeit nicht in Aussicht steht. Es gilt zu untersuchen, welche Maßnahmen für die Zeit des Kriegsabbruchs und gleich danach zu treffen sind. Auch müssen die Maßnahmen beiproden werden, die infolge der eingegangenen Antworten auf unsere Eingaben zu ergreifen sind.

In der Zeit, die seit dem letzten Bericht vergangen ist, ist wieder eine größere Anzahl Vorgänge zu unserer Kenntnis gekommen, die als erfreuliche Erfolge der Tätigkeit der Kriegsarbeitgemeinschaft gebucht werden können. In diesem Bericht sollen aber auch einige Widerstände und Geminnisse vorgeführt werden.

Die Eingaben des Zentralauschusses sind zum Teil beantwortet worden. Einige erfahren eine sehr wohlwollende Aufnahme. Von diesen ist der größte Prozentteil auch von einem erfreulichen praktischen Erfolge begleitet gewesen. Einzelne zentrale und kommunale Behörden haben getan, was in ihrer Kräfte stand; dagegen muß von andern gesagt werden, daß mehr Worte als Taten gegeben wurden. Aus andern Antworten muß geschlossen werden, daß die antwortgebenden Körperschaften der so wichtigen sozialen Frage kaum die ihr zukommende Bedeutung beigelegt haben. Diese Körperschaften gehen mit keinem Worte auf die Anregungen und Vorschläge der umfangreichen Eingaben ein und weisen antseindend das tiefere Eindringen in das Problem der Arbeitsbeschaffung mit einem kühlen Sage von sich. Eine größere Anzahl von Eingaben sind gänzlich ohne Beantwortung geblieben. Zu denen, die nicht beantwortet, gehören die Regierungspräsidenten in Aurich, Stade und Osnabrück, die Staatsministerin in Oldenburg und Altenburg, sämtliche Orte der Kreisshauptmannschaft Chemnitz, bis auf zwei Ausnahmen, und andere.

Auch einige Bezirksorganisationen des Deutschen Arbeiterbundes lassen das erforderliche Interesse für die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft vermissen. So der Landesverband Württemberg. Dieser Verband schließt aus gewissen Vorgängen, daß im Hinblick auf die Erwedung einer privaten Bautätigkeit in Württemberg alle Anstrengungen vergeblich wären. „Aus diesem Grunde konnte sich der Ausschuss unseres Landesverbandes bislang nicht zur Gründung eines Bezirksauschusses für eine Kriegsarbeitgemeinschaft erwidern.“ Der Bezirksarbeiterverband für die Provinz Sardinien und Anhalt betrachtet seine Beteiligung an der arbeitsgemeinschaftlichen Tätigkeit nicht als eine soziale Pflicht im Interesse des Baugewerbes und darüber hinaus für das gesamte Volkwohl, sondern als eine Belohnung für das Wohlverhalten

der organisierten Maurer und Hilfsarbeiter. Da diese Leute bei einigen im Bezirk zu erbauenden großen Kriegsbauten eine Kriegsbaulage als Ausgleich für hohe Lebensmittelpreise und als Auslösung für besondere Aufgaben ortsfremder Arbeiter gewinnlich und mit den ausführenden Baufirmen vereinbart haben, ist er wegen angeblicher Verletzung des Tarifvertrages emört und verweigert um deswillen die Mitarbeit in der Arbeitgemeinschaft. Hierdurch ist für das gesamte Baugewerbe die im Interesse des Gemeinwohls liegende soziale Tätigkeit bisher bereitet worden.

Nachlich handelt die örtliche Organisation in Obdenburg. Dort mußte der bereits gebildete Ortsausschuß wieder aufgelöst werden, weil die Unternehmer des Baugewerbes vorher eine Vertragsschlichtung ihres Gewerbes erlöhigt wissen wollten. Im weiteren fehlt es noch an den Bezirksausschüssen für Ostpreußen und für das Saargebiet und an Ortsausschüssen für recht bedeutende Orte, von denen unter andern zu nennen sind: Grimmitzschau, Plauen i. B., sämtliche Orte Westpreußens bis auf Elbing, München-Gladbach, Norden, Nordensham und sämtliche Orte der vorgenannten Bezirke, für die Bezirksausschüsse noch nicht bestehen. In dem großen Wirtschaftsbereich Rheinland-Westfalen-Rheinland haben auf Wunsch der Unternehmer die bereits in Tätigkeit getretenen Bezirksausschüsse ihre Tätigkeit für die fernere Dauer des Krieges eingestellt. Die Vertreter der Arbeiterzentralverbände mußten sich schließlich damit einverstanden erklären, da man bekanntlich zur Liebe niemand zwingen kann. Mit der Beendigung des Krieges sollen die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Der Hauptgrund für dieses Verhalten ist hier wie in manchem andern Bezirk, daß zurzeit Arbeitslosigkeit nicht vorhanden ist; die Erfüllung der andern Aufgaben der Arbeitgemeinschaft erscheint den Betroffenen nicht so wichtig.

In diesem Zusammenhang möge der folgende Vorgang Erwähnung finden: In einer Sitzung des Bezirksausschusses in Essen wurde der engere Ausschuß beauftragt, eine Eingabe an die großen Industriewerke zu richten mit dem Ersuchen, wenigstens während der Kriegsdauer bei der Hauptarbeit den Tariflohn zu zahlen. Die im zugehörigen Ausschuß vertretenen Mitglieder der Arbeitgeber erklärten aber: da machen wir nicht mit, und unsere Namen führen wir dazu nicht hergeben. Auf Vorhaltungen, daß die Arbeitgeberorganisationen sich doch wiederholt an die Arbeiterorganisationen gewandt und verlangt hätten, daß diese Werke zur Einhaltung der Tariflöhne veranlaßt werden sollten, erklärten sie, daß sie grundsätzlich eine solche Eingabe nicht unterstützen könnten und daß sie auch die Arbeiterverbände in Zukunft mit solchen Beschwerden versehen würden.

Die private Bauwirtschaft nimmt mit der Länge des Krieges immer mehr ab. Nur einige Städte bilden eine Ausnahme, in denen besonders lokale Verhältnisse es bedingen. In den ersten Frühjahrsmonaten wurden die aus dem Vorjahre und Winter stromenden Bauten fertiggestellt. Es handelt sich meist um Fuß- und innere Arbeiten oder sonst notwendig gewordene Umbauten und Reparaturen. „Zurzeit ruht die private Bauwirtschaft fast allgemein.“ So und ähnlich klingen die Berichte aus allen Landesteilen, aus großen und kleinen Orten und aus den Landgebieten. Besonders aus letzteren, und unter diesen wieder aus Mecklenburg, wird die Lage recht trostlos geschildert. Die Grothandwerker und die Bauern halten mit der Arbeit zurück, obgleich hier die Dinge, besonders in der Geld- und Hypothekenfrage, nicht so ungünstig liegen wie für den städtischen Bauherrn. In Westpreußen sind Anstiehlungsbauten in größerem Umfang nicht wieder aufgenommen, in Posen Wohnhäuser und Umbauten. Das gleiche gilt für Leipzig, Dresden, Chemnitz, Meersburg, Reichenhall, Altenburg, Magdeburg, Halle, Achersleben und Helmstedt. Die Bauarbeiter haben in andern Industrien Unterkommen suchen müssen. Im rheinisch-westfälischen Gebiet liegt noch eine erhebliche Anzahl Privatbauten still, insbesondere viele Bauten der großen Werke und unter diesen besonders die jener Werke, die mit ausländischem Kapital gespeist werden.

Unter vielen andern beschäftigt sich auch der Ortsausschuß in Wannheim mit der Feststellung der gegenwärtigen Bauten, um womöglich deren Fortführung zu erlangen, was ihm auch in drei Fällen gelang. Als Ursache der Stilllegung stellte er fest: die Einberufung der Unternehmer, vor allem aber den Mangel an Hypothekengeldern. Deshalb ist die private Bauwirtschaft sehr erschwert, ja fast unmöglich geworden. Ende 1914 waren bereits 100 Bauobjekte genehmigt, von denen aber unter den geschädigten Verhältnissen die meisten noch der Ausführung harren. Aus diesem Beispiel

ist ersichtlich, wie durch das Versiegen der Geldquellen die Wiederbelebung der privaten Bauwirtschaft leidet. Aus allen Teilen des Landes gehen die gleichen Klagen ein.

Die Landesversicherungsanstalten haben auf die Eingaben der Bezirksausschüsse zum Teil noch gar nicht geantwortet. Soweit Antworten eingegangen, wird mitgeteilt, daß für Beilegung von Privatbauten nur geringe Mittel unter besonderen Garantien zur Verfügung stehen, oder infolge anderer und älterer Verpflichtungen Gelder nicht hergegeben werden können.

(Schluß folgt.)

Volkswirtschaftliche Ausichten.

In zehn Kriegsmonaten war es uns dank der entschlossenen Opferwilligkeit des gesamten Volkes und der hervorragenden Leistungen unseres Heeres gelungen, eine militärisch-politische Lage zu schaffen, die uns den endgültigen Erfolg in dem gewaltigen Völkerringen zu verheissen schien. Durch den Verrat Italiens an der Dreifundacht ist nun, ganz plötzlich, eine neue Situation eingetreten, die uns abermals vor gewaltige Aufgaben stellt. So sehr wir auch mit fester Zuversicht in die Zukunft schauen, so sehr wir davon überzeugt sind, daß wir auch noch diesen Gegner niederringen werden, müssen wir uns doch darüber klar werden, daß nicht nur der Krieg dadurch vielleicht weiter in die Länge gezogen werden wird, sondern wir auch um die Früchte unseres schließlich Sieges gebracht werden können, soweit sie auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Italien selbst ist kaum annähernd in der Lage, den Krieg, den es jetzt so hüßlich hinterhältig vom Janu gebrochen hat, zu finanzieren. Wie England und Frankreich bereits ungeheure Gelder, sowohl für ihre eigene Kriegsführung, als auch für die Ankunds und Serbiens, ausgegeben haben, so werden sie auch tief in die Tasche greifen müssen, um Italien zu stützen. Man spricht auch bereits davon, daß England drei Milliarden Lire Italien als Kriegsvorschuß gewährt habe. So kann es kommen, daß, wenn der Krieg noch lange dauert, beim endlichen Friedensschluß unsere Hauptgegner: Rußland, Frankreich, Italien und Serbien den Staatsbankrott anmelden müssen. Nur England wird mit seinen ungeheuren Kapitalreserven zwar finanziell stark geschwächt, aber doch nicht bankrott aus dem Kriege hervorgehen. Ein Staatsbankrott aber tritt ein, wenn der betreffende Staat nicht mehr in der Lage ist, die Coupons, d. h. die Zinsen der von ihm aufgenommenen Anleihen zu bezahlen. Für uns aber würde ein derartiger finanzieller Zusammenbruch unserer Feinde bedeuten, daß wir die Unkosten, die uns der Krieg in rein wirtschaftlich-finanzieller Hinsicht gebracht hat, nicht erlegt bekommen. Zum Teil erklärt sich auch gerade aus den Unsummen Kapital, die hüben wie drüben in den Krieg gesteckt worden sind, jene kost übermenschliche Ausdauer unserer Gegner, vor allem Frankreichs und Rußlands, da jeder sich sagt, daß wenn er nachdrückt, er nicht nur seine eigenen Kriegskosten restlos als verloren buchen, sondern auch noch dazu für die des Feindes aufkommen muß, und das ist eben gleichbedeutend mit einem völligen Bankrott.

Betrachten wir nüchtern die Dinge so, dann verlohnt es sich einmal, sich die volkswirtschaftlichen Folgen klar zu machen, die unser selbst bei einem günstigen Ausgange des Krieges — und darauf dürfen wir alle zuversichtlich rechnen — harren. Gewiß, im Augenblick, mitten im Waffengeklirr, läßt sich noch keine genaue wirtschaftlich-finanzielle Berechnung aufstellen. Wohl aber können wir schon jetzt die ungefähren Umrisse zu zeichnen versuchen, in denen sich die künftige volkswirtschaftliche Entwicklung bewegen wird.

Bis zum Jahre 1909 hatte das Reich eine Schuldenlast von ungefähr 5 Milliarden Mark. Damals sagt man sich, daß diese Schuldenwirtschaft, die namentlich in den letzten Jahren vorher ein rasches Wachstum der Reichsanleihen hervorgerufen hatte, nicht so weiter gehen könne. Denn im Gegenzuge zu Preußen zum Beispiel, hinter dessen Schulden die greifbaren Werte der Eisenbahnen stehen, sind die Anleihen des Reiches in der Hauptsache schwebend, d. h. ungedeckte, die vorwiegend auf Kredit beruhen, und nur zu einem Teile durch greifbare Werte gedeckt sind. Die große Reichsfinanzreform vom Jahre 1909, die dem Reiche eine jährliche Mehreinnahme von 500 Millionen Mark sicherte, sollte diejenen fortwährenden Anleihennotwendigkeiten des Reiches ein Ende machen und gleichzeitig eine planmäßige Tilgung der Reichsschulden ermöglichen. Wir wissen, daß das eine nicht unerhebliche Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel im Gefolge hatte. Vier Jahre danach machte sich jene einmalige

Behrsteuer, das Opfer einer Milliarde Mark seitens der besitzenden Klassen notwendig, um die großen Militärforderungen zu bestreiten. Auch dieser finanzielle Wucher führte zu einer preissteigenden Tendenz, unter der ebenfalls wieder nicht zuletzt die münderbemittelten Bevölkerungsschichten zu leiden hatten. Und doch werden diese finanziellen Ansprüche, die an das Volk dauernd und einmal gemacht wurden, verschwindend klein gegenüber den Kosten sein, die das Reich und damit das ganze deutsche Volk später, nach dem Kriege, auf sich zu nehmen hat. Zunächst spüren wir trotz der ungeheuren Gelder, die wir haben schaffen müssen, die Wirkungen des Krieges auf wirtschaftlich-finanziellen Gebiete noch nicht, weil die Unsummen Geldes, die wir zur Beilegung der laufenden Kriegskosten haben schaffen müssen, sofort einer raschen Umlaufspröge angetrieben haben. Legten wir auf der einen Seite das Geld in Anleihen an, so erhielt es fast in demselben Augenblicke unsere Volkswirtschaft zur Bezahlung der Löhne und Gehälter der Millionen im Felde stehenden Menschen und zur Herstellung des zum Kriege notwendigen Materials in weitestem Sinne des Wortes zurück. Da aber die Kriegsproduktion fast ausschließlich unproduktive Werte herstellt, die sofort wieder vernichtet werden, so kann das nur ein anormaler, d. h. zeitweiliger Zustand sein, und die ganze Unproduktivität dieses Wirtschaftsprozesses geht allein schon aus der einen Tatsache klar hervor, daß gegenüber diesen geschaffenen und wieder zerstörten Werten die Milliarden Summen sind, die dafür verausgabt, hinter denen aber nach dem Kriege keine greifbaren Werte mehr stehen, die also eine durch nichts gedeckte und nur durch den Kredit gestützte Schuld darstellen. Bis jetzt haben wir eine Schuld von fünfzehn Milliarden Mark, die etwa bis zum September-Oktober reichen werden, in Kriegsanleihen aufgenommen. Das bedeutet bei rund fünf Prozent eine jährliche Zinsenlast von 750 Millionen Mark. Rechnet man dazu nur eine einprozentige Schuldentilgung, so kommen weitere 150 Millionen Mark dazu. Das wären zusammen allem schon 900 Millionen, die wir jährlich mehr aufzubringen haben, vorausgesetzt, daß der Krieg bereits im Herbst sein Ende erreicht hat. Einen weiteren Belastungs-Faktor werden die jährlichen Rente n für die Kriegsinvaliden und für die Witwen und Waisen gefallener Krieger bilden. Hier ist eine auch nur annähernd den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Berechnung noch schwieriger, da ja zur Zeit noch alles im Fluss ist und wir die Verluste nicht absehen können. Immerhin wird es gestattet sein, nach den bisherigen Erfahrungen des Krieges zu schätzen. Man kann einmal die Ziffer derer, die Rentenansprüche an den Staat haben und noch erben werden, auf rund eine Million annehmen. Wenn man dann die einzelne Rente sehr vorsichtig auf bloß 500 Mk. im Jahre bemisst, kommt man auf eine weitere jährliche Last des Reiches von 500 Millionen Mark. Rechnet man diese Zahl als Zinsen um, so wäre ein Kapital von 10 Milliarden Mark nötig, um dieses Geld im Jahre aufzubringen. Allerdings tilgt sich diese Summe jährlicher Renten ganz allmählich durch sich selbst, da hierbei die Sterblichkeit der Rentenbezieher mit in Anschlag zu bringen ist. Weitere Ausgaben, diesmal einmaliger Art erfordert der Wiederaufbau der zerstörten Teile Ostpreußens und Elsaß-Lothringens. Von sachverständiger Seite ist die Summe, die allein zur Wiederherstellung Ostpreußens nötig ist, auf fünf Milliarden Mark veranschlagt worden. Dem gegenüber spielen die elsass-lothringischen Verhältnisse nur eine unbedeutende Rolle. Endlich stehen nach dem Kriege gewaltige Ausgaben für die Wiederherstellung der Armee und Marine in Aussicht. Dabei kommt eine einmalige Ausgabe von vielleicht zwei Milliarden Mark und noch mehr in Frage. Vermutlich wird, nach den Erfahrungen dieses Krieges, künftig ein viel größerer Teil des Volkes ständig unter Waffen stehen, d. h. einberufen oder zu Übungen eingezogen sein und dafür der Militärdienst selbst wesentlich verkürzt werden. Nehmen wir dafür eine laufende Mehrausgabe von nur jährlich 300 Millionen Mark an.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 4. Juni 1915.

Vertreter der deutschen Bergarbeiterorganisationen hatten vergangene Woche wiederum eine Konferenz im preussischen Handelsministerium, um die Antwort auf die im Februar vorgeschlagenen mannigfachen Beschwerden entgegenzunehmen. Als Vertreter des Handelsministers gab Oberberg

Dr. Gen
vorgenom
anter hatt
auch lagen
vor, wels
delten. D
die Arbeit
Prüfung z
find, da di
angenomm
nach die u
als unber
und Gebir
verlängert.
dienst zu b
daß die be
zogen wor
hängende
auch ein bi
eine bedeut
Mehrfach
in den erst
Unfall zur
übrigen sol
die Löhne
erreicht, i
der Ueber
daß solche
a wurden, d
vaterländi
Bergarbeit
hätten. De
Vergesicht
vorgenom
gelder wie
Drohungen
Anordnun
graben kon
wegen bestrit

Das Si
vielfache
gekomm
billigt. Es
ant gegang
schriften ni
redigiert
Rücklicht
Teil vergä
schließen
feien, daß
wörter g
treffs der
daß die
abhandl
sien seien
stern nicht

Die Wer
daß die Kon
so und die
worten, nicht
würde, daß
des Handels
Aufmerksam
Rückstände
beitsfreudig
wird.

Erweit
Bundesrat
Grundzüge
mittelt, die
Entscheidun
spruchsbere
der unterst
gen ist bed
Freie der
lonen geh
Alter steh
Auslande
nahmen nicht
insbesondere
Alter, die
weiter Mann
Marine- o
Kriegsreit
ihre aktive
der Bolland
einige Ernt
legt einstell
nährt haben.

Als un
milienan
eltern, Stie
Eingezogen
der Ehefrau
Erzeuger (H
elternde (H
der nach § 15

Dr. Senje den Bericht über das Ergebnis der vorgenommenen Erhebungen. Wohl alle Oberbergämter hatten umfangreiche Schriftstücke eingeleitet; auch lagen ausführliche Abhandlungen der Beden vor, welche die vorgebrachten Beschwerden behandeln. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Arbeiterausschüsse wohl in keinem Falle zur Prüfung der Beschwerden herangezogen worden sind, da die Auslagen der Betriebsleiter als wahr angenommen wurden. Kein Wunder, wenn demnach die vorgebrachten Klagen fast ausnahmslos als unberechtigt hingestellt werden. Die Schicht- und Gehildegelöhne seien in den meisten Fällen nicht verringert. Wo ein geringerer Durchschnittslohn zu verzeichnen ist, sei dies damit zu erklären, daß die besten Arbeiter zum Kriegsdienst eingezogen worden sind und als Ersatz ungelernete und ungeschulte Arbeiter beschäftigt werden. Damit ist auch ein häufigerer Wechsel der Belegschaft und eine bedeutend geringere Förderung verbunden. Mehrfach wird in den Berichten auch betont, daß in den ersten Monaten der Kriegszeit eine gewisse Unklarheit zur Arbeit wahrgenommen wurde. Im übrigen sollen nach den letzten Veröffentlichungen die Löhne dieselbe Höhe wie im Juli v. J. wieder erreicht, so sie zum Teil überholt haben. Betreffs der Ueberführungen wird in den Berichten angegeben, daß solche auf Anraten der Bergbeamten verfahren wurden, da eine Steigerung der Förderung im vaterländischen Interesse notwendig sei, was die Bergarbeiter auch anerkannt und durchgeführt hätten. Bestrafungen wegen Mißverhaltens von Ueberführungen seien auf den meisten Bezirken vorgenommen worden; andererseits wurden Strafgebühren wieder zurückgezahlt. Die angeblichen Drohungen der Betriebsbeamten, daß, wer den Anordnungen nicht Folge leistet, in den Schlingengaben komme, werden in diesem Sinne fast durchwegs bestritten.

Das Skippen der Kohlenwagen, wie es beispielsweise auf der Zeche „Deutscher Kaiser“ vorgenommen sein soll, wird vom Minister gemißbilligt. Es sind Anweisungen an das Oberbergamt gegangen, daß das geübte Verfahren den Vorschriften nicht entspricht. Außerdem sollen die berechtigten Wünsche der Arbeiter in jeder Weise berücksichtigt werden. Die geklappten Wagen sind zum Teil vergütet worden. Die Bergämter in Oberschlesien seien angewiesen worden, dahin zu wirken, daß beleidigende Ausdrücke und Schimpfwörter gegen die Arbeiter unterlassen werden. Betreffs der Ueberweisungscheine wurde bemerkt, daß dieselben von den einzelnen Bezirken verchieden abhandelt werden. Für den Bezirk Niederschlesien seien diese Scheine seitens des Handelsministers nicht zugelassen.

Die Berichte waren zum Teil so umfangreich, daß die Konferenz sich mehrere Stunden lang hinzog und die Möglichkeit, auf Einzelheiten zu antworten, nicht gegeben war. Dringend zu wünschen wäre, daß den Verhältnissen im Verband seitens des Handelsministeriums auch weiterhin die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit tatsächliche Mißstände beseitigt werden können und die Arbeitsfreudigkeit der Bergleute nicht beeinträchtigt wird.

Erweiterte Familienunterstützungen. Der Bundesrat hat den Bundesregierungen neue Grundzüge über Familienunterstützungen übermittelt, die eine Erweiterung der bisherigen Bestimmungen bedeuten. Sowohl der Kreis der anspruchsberechtigten Personen als auch der Kreis der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen ist bedeutend dadurch ausgedehnt. Zu dem Kreise der anspruchsberechtigten Personen gehören jetzt auch alle im wehrpflichtigen Alter stehenden männlichen Personen, die sich im Auslande befinden und infolge feindlicher Maßnahmen nicht in das Inland zurückkehren können, insbesondere auch Personen im wehrpflichtigen Alter, die vom Feinde verdrängt worden sind; ferner Mannschaften, die sich im Auslande einem Marine- oder Schutruppentheil angeschlossen haben; Kriegsfreiwillige; Mannschaften, die im Kriege ihre aktive Dienstzeit beendet haben (vom Tage der Vollendung ab); aktive Mannschaften, die als einzige Ernährer ihrer Eltern früher zurückgestellt, jetzt eingestellt sind, soweit sie noch die Eltern ernährt haben.

Als unterstützungsberechtigte Familienangehörige gelten jetzt auch: Stiefeltern, Stiefgeschwister und Stiefkinder, sofern der Eingezogene sie unterhalten hat; uneheliche Kinder der Ehefrau (auch wenn der Ehemann nicht ihr Erzeuger ist), sofern er sie bisher unterhalten; eheliche Enkel; die schuldlos geschiedene Ehefrau, der nach § 1678 des Bürgerlichen Gesetzbuches der

Ehemann den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist; alle unehelichen Kinder; alle Ehefrauen und Kinder von aktiven Soldaten.

Den in Betracht kommenden Instanzen ist erneut zur Pflicht gemacht, die Frage der Bedürftigkeit wohlwollend und nicht engherzig zu prüfen und bei den Nachbarn bei den Familienangehörigen keine niederdrückenden Empfehlungen auszulassen. Die Unterstützungen dürfen auch nicht abgelehnt werden mit der Begründung, daß noch ein kleines Vermögen vorhanden sei. Auch der Besitz eines kleinen Anwesens mit Acker und Vieh oder eines kleinen Geschäfts schließt die Unterstützung nicht aus. Auch ist unbedingt eine Unterstützung zu gewähren, wenn arbeitsfähige Angehörige infolge einer augenblicklichen Arbeitslosigkeit in eine vorübergehende Notlage geraten sind. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß es nicht genügt, nur die Mindestsätze zu zahlen; der Hausstand des Kriegers und der angemessene Unterhalt seiner Familie sollen erhalten werden. Im Falle des Todes des Kriegers müssen die Unterstützungsgelder so lange fortgezahlt werden, bis die Hinterbliebenente gezahlt ist.

Aus dem Schneidergewerbe. Die Organisationen im Schneidergewerbe haben gemeinsam an die verschiedenen Kriegsministerien eine Eingabe gerichtet, zu veranlassen bzw. zu genehmigen, daß den auf den Werkstätten der Kriegsbekleidungsämter beschäftigten Schneidern während der Dauer des Krieges eine den Verhältnissen entsprechende Teuerungszulage gewährt wird. Ferner wird in der Eingabe darum ersucht, durch Zuschlag auf den Stückpreis der Bekleidungsgegenstände, die außerhalb der Bekleidungsämter durch Privatunternehmer zur Anfertigung übernommen werden, auch den bei diesen beschäftigten Schneidern und Näherinnen eine Teuerungszulage zuzumessen lassen zu wollen und durch Verordnung bekannt zu geben, daß dieser Zuschlag seitens der Unternehmer, Arbeitgeber, den letzteren auszugahlen ist. Als Begründung wird die Preissteigerung für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel, die bis zu 300 Prozent und darüber beträgt, angeführt. Der Arbeiterhaushalt wird dadurch viel höher belastet als in normalen Zeiten, weshalb es angebracht sein dürfte, durch eine Teuerungszulage einen Ausgleich herbeizuführen.

Außerdem ist an das Kriegsbeleidungsamt des 12. Armeekorps in Dresden eine Eingabe gerichtet worden um Erhöhung der Stundenlöhne. Im Verlaufe dieses Amtes ist die sich erfreuliche Wagnahme getroffen worden, daß die tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden auf 9 Stunden herabgesetzt wurde. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonntagen soll dadurch herbeigeführt werden, daß an diesen Tagen ohne Mittagspause bis 2 Uhr durchgearbeitet wird. Da aber die Arbeiter nach Stundenlohn bezahlt werden, bedeutet die Verkürzung der Arbeitszeit eine erhebliche Einbuße des Verdienstes, die bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen besonders schwer empfunden wird. In der erwähnten Eingabe wird deshalb um eine entsprechende Erhöhung der Stundenlöhne ersucht, damit nicht eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung eintritt. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese berechtigten Forderungen der Arbeiter eine wohlwollende Prüfung erfahren.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat April hatte nach dem „Reichsarbeitsblatt“ keine wesentliche Änderung zu verzeichnen. Die lebhafteste Beschäftigung, die in den vorhergehenden Monaten für eine große Reihe von Industrien hervortrat, hat nicht nur keine Verminderung erfahren, sondern ist zum Teil noch weiter ansteigend worden. Vielfach ist eine Nachfrage vorhanden, welche die Leistungsfähigkeit bis zur äußersten Grenze beansprucht.

Nach den Berichten der einzelnen Unternehmen und Verbände hatte der Kohlenbergbau im April in fast allen Gebieten ebenso starken Bedarf wie im Vormonat zu bewältigen. Die Rohenerzeugung erfuhr eine Steigerung der Nachfrage und erhöhte die tägliche Durchschnittsleistung dem Vormonat gegenüber nicht unerheblich. Die Metall- und Maschinenindustrie arbeitete gleich angepannt wie in den Vormonaten. Teilweise sind auch in diesen in erster Linie für den Kriegsbedarf arbeitenden Gewerbezweigen weitere Steigerungen des Beschäftigungsgrads eingetreten. Ebenso war die elektrische Industrie auch im Berichtsmonat mit Seeresaufträgen wieder stark in Anspruch genommen und zur Ueberstundenarbeit ge-

nötigt. Das Bekleidungs-gewerbe läßt nach den Berichten eine weitere Steigerung des Tätigkeitsgrads erkennen, während im Baugewerbe eine wesentliche Belebung des privaten Baumarcktes noch nicht eingetreten ist.

Die Nachweigungen der Frankenkassen ergaben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Mai eine Zunahme der männlichen Beschäftigten dem Anfang des Vormonats gegenüber um 1,80 v. G. und der weiblichen Beschäftigten um 3,66 v. G. Insgesamt haben die Beschäftigten um 2,26 v. G. zugenommen.

Die Arbeitslosigkeit hat sich wie in den Vormonaten auch im April weiter verringert. Von den 1,05 Millionen Mitgliedern, über welche von 33 Fachverbänden für den April berichtet wird, waren 2,9 v. G. gegenüber 3,3 v. G. im Vormonat arbeitslos.

Bei den berichtenden Arbeitsnachweisen ist die Zahl der Arbeitstuchenden, ebenso allerdings auch die der offenen und besetzten Stellen, im Berichtsmonat zurückgegangen. Auf 100 offene Stellen kamen im April 100 männliche, dagegen 165 weibliche Arbeitstuchende.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweiserverbände hat sich der Arbeitsmarkt in der Provinz Sachsen und in Anhalt, in Westfalen, im Rheinland wie in Hessen-Rhessau, Saaren und Baden nicht wesentlich verändert. In Bayern haben sich die besonders für die männlichen Arbeitskräfte günstigen Verhältnisse sowohl dem Vormonat gegenüber als auch im Vergleich zum April des Vorjahres noch verbessert; ebenso brachte in Württemberg der Berichtsmonat für die Arbeitstuchenden eine weitere Besserung der Lage des Arbeitsmarktes. Für Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen wird über eine an besetzten Stellen hervortretende weitere Besserung der seit Monaten günstigen Lage des Arbeitsmarktes berichtet, ebenso für Hamburg. Auch für Schleswig-Holstein wird die Gesamtlage des Arbeitsmarktes wiederum als günstig bezeichnet. In Berlin-Brandenburg wie in Schlesien hat die Lätialzeit der öffentlichen Arbeitsnachweise dem Vormonat gegenüber eine Verschärfung erfahren, ohne daß jedoch für die Arbeitstuchenden damit eine fühlbare Verschlechterung des Arbeitsmarktes eingetreten wäre.

Die Bäder- und Anstaltsfürsorge für Kriegsteilnehmer ist eine Aufgabe, der neuerdings das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz seine Aufmerksamkeit zugewandt hat. Es ist zweifellos, daß zahlreiche Kriegsteilnehmer aus den Schützengräben, dem Winterfeldzuge mit inneren Leiden heimkehren, die vielleicht zu dauerndem Siechtum führen, wenn nicht rechtzeitig Abhilfe geschaffen wird. Die Verwaltung von Meer und Flotte sorgt zwar für die „Kriegsfranken“, solange sie dem Heere angehören, und will sie zur gründlichen Ausheilung tunlichst lange in den Lazaretten behalten. Um aber den Kranken auch eine Kur nach der Entlassung zu ermöglichen, hat das Zentralkomitee vom Roten Kreuz eine Abteilung Bäder- und Anstaltsfürsorge nach großem Plane und in engerster Fühlung mit allen unseren bewährten Kur- und Badeorten geschaffen, um den bedürftigen Kranken und siechen Kriegsteilnehmern die hervorragenden Kurmöglichkeiten unseres Vaterlandes möglichst kostenlos, als vollberechtigten Kurgästen in weitestem Maße zu erschließen. Sie will durch rechtzeitig und richtig eingeleitete Heilbehandlung die siechen und sorgenbedrückten Invaliden in arbeitsfähige und arbeitsfreie Volksangehörigen wandeln. Mehr als 5000 Freistellen in Bädern und Kuranstalten sind bereits dem Zentralkomitee zur Verfügung gestellt worden. Da indessen diese Zahl den Anforderungen bei weitem nicht genügt, die vorhandenen Mittel aber zur Befriedigung aller berechtigten Ansprüche nicht ausreichen, ist die besondere Abteilung gebildet worden, der neben Mitgliedern der Reichs- und Staatsbehörden, Ärzten, Parlamentariern aller Parteien usw. auch Führer der Arbeiterbewegung angehören. Der Verband der Deutschen Gewerbdereine ist durch den Kollegen Hartmann vertreten. Die Vorarbeiten zur Durchführung des Planes sind bereits getroffen. Öffentlich findet bei an die Opferfreudigkeit der Öffentlichkeit gerichtete Appell einen recht lebhaften Widerhall!

Dem Bericht der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte über das Jahr 1914, der kürzlich erschienen ist, entnehmen wir folgende Angaben: Mit dem im Berichtsjahr eingegangenen 228 626 Aufnahmestellen stieg deren Zahl bis Ende 1914 auf 1 913 726. In Wirklichkeit ist die Zahl der Versicherten wesentlich geringer, teils wegen dop-

pelter Ausstellung von Karten, teils wegen Ausschleibens aus versicherungspflichtiger Beschäftigung. Die Summe der eingegangenen Beiträge belief sich auf 130,7 Millionen Mark. Die Ausgaben entfielen, da für Aufgeld und Renten die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, in der Hauptsache auf das Seilverfahren, das aus den verschiedensten, im Kriegsabruch liegenden Gründen erheblich gestört worden ist. Anträge auf Seilverfahren sind im Berichtsjahre 20 187 eingegangen, von denen 14 956 völlig erledigt wurden, und zwar durch Genehmigung 11 021, durch Ablehnung 3435, durch Zurückziehung 425 und durch Tod der Antragsteller 75. Das Seilverfahren wurde in 2801 Fällen genehmigt. Von den übrigen Fällen wurden 3096 in Lungenerkrankungen, 3162 Fälle in anderen Krankheiten, 1200 Fälle in Wädern durchgeführt. In 490 Fällen wurden Zuschüsse gewährt.

Den durch den Kriegsabruch geschaffenen Verhältnissen trug die Reichsversicherungsanstalt durch folgende Maßnahmen Rechnung: Zur Lösung verwundeter stellte sie sofort dem Roten Kreuz die Seilanfalt Fürstenberg mit 90 Betten zur Verfügung. An der Einrichtung der Kriegsanstalt hat sich die Anstalt mit 40 Millionen Mark beteiligt. Dem Kriegsausbruch für warme Unterbekleidung überließ die Anstalt 1 1/2 Millionen Mark. Ferner wurden gestiftet: 2 Lazarettzüge, 15 Krankenkräutwagen und 80 Anhängerkarren zur Fortschaffung der Verwundeten aus der Schützlinie in die Lazarett- und Feldlazarettstätten zu Lazarettzwecken. Endlich wurden 10 000 Mark dem deutschen Verein für Sanitätsdienste bewilligt.

Leuerung und Zwischenhandel. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ beschäftigt sich unlängst in einem beachtenswerten Artikel mit der Leuerungsfrage. Sie bezeichnete es als notwendig, einen Unterschied zwischen einer natürlichen, wirklichen und einer gemachten, künstlichen Leuerung zu ziehen. Es sei ein Gebot der Volkswirtschaft, daß jede natürliche Leuerung, ja, sogar der bedeutendste Anlaß dazu sofort zu grenzenlosen Ubertreibungen, d. h. zur Entstehung einer ungesunden, künstlichen Leuerung führe. Diese Erscheinung könne man seit Kriegsbeginn mit erschreckender Deutlichkeit beobachten. Die Darlegungen des großindustriellen Organs stüßten in folgenden Sätzen:

Industrie und Handwerk tun ihre Schuldigkeit; sie haben sich in allgemein anerkannter Weise den Zeitverhältnissen ein- und untergeordnet. Ihr Anpassungsvermögen wird mit Recht von allen Seiten her gelobt. Dagegen hat sich erwiesen, daß der Zwischenhandel, und zwar ebenso der Großhandel wie der Kleinhandel, ohne ein scharfes Eingreifen der Behörden seine wirtschaftlichen Funktionen nicht in einer für das Gemeinwohl bestmöglichen

Weise ausüben vermag. Es verzieht sich von selbst, daß mit dieser Feststellung kein persönlicher Vorwurf gegen die Gesamtheit der Handelstreibenden (schlechthin erhoben werden soll, aber es liegt in der Natur der Sache, daß eben auf dieser Seite der Wirtschaftskrieg am leichtesten von Störungen und Unregelmäßigkeiten heimgesucht wird.

Es ist begrifflich, daß ein Urteil von so einflussreicher Stelle dem Zwischenhandel wenig behagt. So melbet sich bereits der „Detailist“, der es als „ganz schlimm“ bezeichnet, wenn sich auch Fachblätter an der „Geze“ gegen den Zwischenhandel beteiligen. Der Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ wirke an leitender Stelle doppelt verwerfend, da das Blatt feststellen zu können glaube, daß die herrschende Leuerung auf irrefühler, wenn auch begrifflicher Spekulationsfucht des Zwischenhandels beruhe. Der Kleinhandel sei — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — an der Leuerung ganz unschuldig, leide vielmehr ebenso darunter wie das Publikum. Als das letzte Glied in der Kette der Warenverteilung sei er nur der Geschobene, der den Druck automatisch weitergebe, ohne die Möglichkeit zu haben, die Verhältnisse zugunsten der Verbraucher zu beeinflussen.

Wir dürfen die Streitenden wohl unter sich lassen und uns mit dem klaren Geständnis der völligen Ohnmacht des Kleinhandels, die Preise zugunsten der Konsumenten zu gestalten, begnügen. Alle Welt weiß längst, daß dieser Regulator nur nach oben funktioniert. Und das haben die Verbraucher während der Kriegszeit gründlich gespürt, daß sie sich massenhaft den Organisationen zuwenden, die sich nicht mit der Rolle der Geschobenen begnügen, sondern kräftigen Gegendruck ausüben und die Quellen zu vertiefen sich bemühen, aus denen der Profit der Spekulationslüdigen rinnt.

Aus dem Verbands.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkschaften (D.G.V.). Verhandlungsrat der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstraße 221/23. Jeden 1. Mittwoch im Monat abends 8 1/2 Uhr. Nächste Zusammenkunft am 7. Juli. — **Gewerkschafts-Leserbrief (G.-L.)** Jeden Donnerstag abends 9-11 Uhr Lesungshunde b. Verbandsrat d. Deutschen Gewerkschaften (Greifswalderstr. 221/23). — **Sonnabend b. 5. Juni 1915. Raschinskas- und Metallarbeiter Berlin III.** Abends 8 1/2 Uhr, Besprechung über einen zu erhebenden Ertragsbeitrag. Vortrag des **H. F. R. a. b. e. r. i. n.** im **Rathaus** **Salle**, **Alt** **Roßb. 55.** **Raschinskas- und Metallarbeiter Berlin XIII.** 8 1/2 Uhr. Tagesordnung daselbst.

Orts- und Regionalverbände. **Bremen (Ortsverband).** Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter - Sitzung im

Carthops Gesellschaftshaus, Bremen, Kestnerstraße. — **Leitung** (Distriktsrat). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei **Herrn** **Sandow** **Str. 43.** — **Deffau.** **Gewerkschafts-Leserbrief** jeden Mittwoch abends 8-11 Uhr Lesungshunde i. **Bereitsl.** **Salle**, **Marktstr.** — **Elberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden letzten Sonntag abends im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei **Roggenkämpfer**, **Elberfeld**, **Puffenstr.** und **Erholungshaus-Gde.** — **Frankfurt a. O. (Gewerkschafts-Leserbrief).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Lesungshunde im **Bereitsl.** **Salle**, **Marktstr. 16.** **Verbandskollegen** herzlich willkommen! — **Geisenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 8-9 Uhr, Distriktsrat im **Bereitsl.** **Salle** von **G. Simon**, **Alt** **Markt.** — **Haaren b. Maaßen.** Jeden dritten Sonntagabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Distriktsrat bei **Sandow** **Str. 43.** — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandvertreter-Sitzung bei **Hof**, **Seinerstr.** — **Hamburg (Regionalverband).** Jeden Montag von 8 bis 11 Uhr bei **Grell**, **Lagerstraße 2.** — **Hamburg (Gewerkschafts-Leserbrief).** Jeden Donnerstag Lesungshunde bei **Löhner** in **Altona**, **Wandsb. 48-50.** — **Hersfeld.** Distriktsrat jeden 2. Mittwoch im Monat abends pünktlich 8 1/2 Uhr bei **D. Hüfke**, **Reinholdstr. 5.** — **Köln (Ortsverband).** Jeden 2. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreter-Sitzung in der **Seng-Erholung**, **Kreuzgasse.** — **Leipzig (Gewerkschafts-Leserbrief).** Die Lesungshunde finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im **Bereitsl.** **Salle** **Stadt Hannover**, **Seeburgstr. 25**, **Salle** **und** **Stimmabgabe** **Mitglieder** **und** **besuch** **willkommen.** — **Mühlheim-Ruhr.** Jeden ersten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter - Sitzung im **Verbands** **Salle** **bei** **Herrn** **Johann** **Müller**, **Sandow** **Str. 43.** — **Stettin (Sängerchor d. Gewerkschaften).** Die Lesungshunde finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im **Salle** **Rebel**, **Poststraße 5**, **Salle**. **Stimmabgabe** **Kollegen** **herzlich** **willkommen.** — **Tegele (Distriktsrat für Tegele, Vorgraben u. Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei **Kömer**, **Schleierstraße 28**, **Salle** **Schönebergerstraße.** — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei **Ricote**, **Mauerstr. 67.** — **Weschnitz (Distriktsrat).** Jeden Donnerstag, abends von 8-10 1/2 Uhr Distriktsrat beim **Kollegen** **Schmal.** — **Wiesbaden a. S. (Sängerchor Harmonie der Deutschen Gewerkschaften).** Lesungshunde jeden Mittwoch, abends von 8 bis 11 Uhr im **Bereitsl.** **Salle**, **Rosengarten.** — **Worms (Ortsverband).** Besprechung der **vereinigten** **Gewerkschaften** **(G.-D.)** **jeden** **Montag**, **abends** **9** **Uhr** **Sinnstunde** **im** **Verbands** **Salle**, **Wilmstr.**

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. **Bitterfeld (Ortsverband.)** **Adolf** **Reumann** **Schriftführer**, **Deffauerstr. 24.** **Grötzingen a. d. Warthe.** (Ortsverband.) **Carl** **Duders**, **Vorsitzender**, **Blantenstein**, **Carl** **Fischer**, **Schriftführer**, **Wesper-Güttenau**, **Gartenstr. 38.** **Otto** **Scherpelz**, **Rastferrer**, **Blantensteinerstr. 20.**

Briefkasten. **F. S.** in **Lauterbach.** Ihnem Wunsch, das **Inferat** **betreffend**, **so** **gern** **Rechnung** **getragen** **werden.**

Anzeigen-Teil.

Inserate werden aus gegen barerliche Bezahlung aufgenommen.

Zentralarbeitsnachweis der Berliner Gewerksvereine.

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung am **Sonntag**, **den** **6. Juni** **1915**, **vormittags** **9** **Uhr** **im** **Verbands** **hause**, **Greifswalder** **Strasse** **221-23.**

Tagesordnung:

1. Tätigkeitsberichte.
2. Beratung der neuen Satzungen.
3. Anträge.
4. Auswahl des Vorstandes.

Jeder Ortsverein ist berechtigt und verpflichtet, einen Vertreter zu dieser Generalversammlung zu entsenden. Die Entschädigung hierfür ist Sache der Ortsvereine.

Pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.
J. M. Paul **Müller**, **Rastferrer**, **Berlin-Pantow**, **Saumbachstr. 7** **III.**

Bitterfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsbescheinigung von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertreten beim Ortsvereinskassierer **O. Spendebort**, **Höllschtr. 27.**

Schwedt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verbandsbescheinigung im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsvereinskassierer **Georg** **Reinhold**, **Bornwerferstr. 24.**

Geislingen, Württg. (Ortsverband). Als Ortsverbandsbescheinigung erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pfg. bei **G. Sapper**, **Wärsenmacher**, **Hauptstr. 48.**

Magb. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsbescheinigung beim **Rastferrer** **Wilhelm** **Priskap**, **Holzstr. 2.**

Rastferrer, O. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterföhlung von 75 Pfg. beim Ortsvereinskassierer **Franz** **Wretsch**, **Sallestr. 17.**

Leitung (Ortsverband). Unsere Herberge befindet sich im **Waldhof** **„Zum** **preussischen Hof“**, **Lauterbachstr. 19**, in der Nähe des **Bahnhofs**. Durchreisende Kollegen erhalten Herbergskarten bei den Ortsvereinskassierern und für den Ortsverband bei Kollegen **F. S. Holler**, **Eulerstr. 4.**

Freisburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsbescheinigung bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgehändigt falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer **Ernst** **Gerber**, **Randeshoferstr. 35.**

Weschnitz. Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten eine Unterföhlung bei **H. Herholz**, **Klosterstr. 10.**

Salle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsbescheinigung (Bescheinigungskarten im Werte von 1 Mark beim Kassieren ihres Berufes, Kollegen untervertriebenen Berufes beim Ortsverbandskassierer **Karl** **Roye** **Große** **Steinstraße** **10**, **S. IV.**

Spottau-Gulan (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten eine Unterföhlung von 75 Pfg. beim Ortsvereinskassierer **Kollegen** **H. Schieritz** in **Spottau**, **Wagnerstraße** **10**. **Arbeitsnachweis** **ebendasselbst.**

Der Gewerksverein

Jahrgang 1914

auf bestem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsorgane und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages.

NB. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Spanbau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsbescheinigung von 75 Pfg. im **Salle** **von** **H. Hoffmann**, **Mollke** **und** **Wilmstr.** **Gde.**

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterföhlung im **Bureau**, **Belkeme** **Strasse** **67.**

Sommerfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsbescheinigung im Betrage von 75 Pfg. bei dem Verbandskassierer **Emil** **Frankze**, **Wilmstr. 38**, **Sonntags** **abends** **6 1/2-8 1/2** **Uhr.**

Leipzig-West (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsbescheinigung bei den Verbandskassierern. Für **Wendhart** **und** **Nacht** **arbeiter** **haben** **dieselben** **„Stadt** **Hannover“**, **Leipzig**, **Seeburgstraße** **25-27**, **Sallestr.**

10)

Zeit

Erstein
Bierfeld
bei
Alle
Nr. 147/
Die
arbeitsgemein
schaftliche
Wohlfahrt.
Die
Ar
arbeiten
schaftliche
Wohlfahrt.
Die
Ar
Im
Ueberblick
Reide, die
streckt, son
1915 mitter
tiffen wo
ganze Ja
kämpfe ei
Kriege l
ferner in
nen, abe
beendet
während
beendet
wichtig, we
seits zunäc
streichweige
seits der W
nehmen sa
beendigte.

Als
jahren kö
beenden c
werden. Be
gesamt ge
Arbeitern u
1084 oder
(65,6 Proz
und beende
nach Krie
wurden 24
Streiks un
endeten vo
gleich nach
98 und 24
nennen. W
vor dem Str
den Krieg h
Aussperrung

Was
den Streifer
Fundert doll
38,5 v. S. ii
sperrten hat
weilen und
Vergleich zu
hältnismäßig
rückzuführen,
den Kriegsanz
Ende fanden

Besonde
über die seit
genommen un
auch ihre Zöl
des Krieges
Streiks konn
für das erste
2 Ausperrun
rend des S
und zum Ab
Arbeiter bete
dabei der Be
fenden, die
2 Streiks un
mit 5 Streiks
bauindustrie